

Klärendes Gespräch glättet die Wogen

Von "Kornwestheim und Kreis Ludwigsburg", aktualisiert am 19.12.2011 um 00:00

Kornwestheim Die Stadtverwaltung und der Gesamtelternbeirat für Kindergärten möchten zukünftig besser kooperieren. Von Susanne Mathes

Die Bedarfsumfrage, die der Gesamtelternbeirat für Kindergärten, Kindertagesstätten und Horte im November gestartet hat, war bei der Stadt nicht auf viel Gegenliebe gestoßen. Der GEB will von Eltern, die ihre Kinder in einer städtischen Einrichtung betreuen lassen, wissen, wie zufrieden sie sind (unsere Zeitung berichtete). Unter anderem geht es um die Betreuungszeiten, das Angebot in der Einrichtung und den Austausch zwischen Personal und Erziehungsberechtigten. Die Stadtverwaltung hatte untersagt, dass die Fragebögen in den Einrichtungen verteilt werden, die Elternvertreter verteilten sie daraufhin vor den Einrichtungen. Es knirschte im Gebälk.

Jetzt haben sich Vertreterinnen des Gesamtelternbeirates, Oberbürgermeisterin Ursula Keck und Kornelia Schwind, die für die städtischen Einrichtungen für Kinder zuständig ist, zu einem klärenden Gespräch getroffen. "Es war uns wichtig, eine Form der besseren Kooperation zu finden", sagt Ursula Keck. Das betreffe ganz grundsätzlich die Zusammenarbeit, nicht nur das aktuelle Thema Bedarfsumfrage.

Deren Ergebnisse wird die Stadt nicht offiziell anerkennen und sie auch nicht als Basis für Beratungen im Gemeinderat verwenden - weil Fragestellungen und Begrifflichkeiten empirischen Anforderungen an eine Umfrage nicht genügten und anfechtbar seien, wie die Rathauschefin sagt. Auch der Personalrat der Stadt habe die Durchführung der Umfrage aus diesen Gründen abgelehnt. "Deshalb ging es auch nicht, dass die Fragebögen in den Einrichtungen ausgegeben wurden. Sie außerhalb der Einrichtungen zu verteilen, das ist natürlich das gute Recht der Elternvertreter", erklärt Ursula Keck. "Wir werden uns die Aussagen, die für die Stadt eventuell von Bedeutung sind, aber durchaus anschauen."

Der GEB akzeptiert, dass die Verwaltung die Umfrageergebnisse nicht offiziell anerkennt, und betont, sie ohnehin nur intern auswerten zu wollen, um ein Fundament für die Ausrichtung der weiteren Arbeit zu haben. "Dafür ist es uns wichtig, ein Gesamtmeinungsbild der Elternschaft einzuholen", betont Sprecherin Cornelia Sattler. Der GEB sei aber froh über die Aussprache und optimistisch, was die weitere Zusammenarbeit angehe. Unter anderem, weil die Oberbürgermeisterin den Elternvertretern zugesagt hat, sie künftig früher mit ins Boot zu nehmen.

Fortan sollen nach den Vorbesprechungen für die anstehenden Sozialausschuss-Sitzungen die GEB-Vertreter über die Themen informiert werden, die sie betreffen. "Dann kann der GEB seinen Standpunkt dazu abgeben, und den können wir dann in die Beratungsvorlage für die

Sitzung einfließen lassen", kündigt Ursula Keck an. So seien die Eltern rechtzeitig über anstehende Planungen und etwaige Veränderungen im Bilde und fühlten sich nicht überrumpelt. Der GEB begrüßt das ausdrücklich: "Wir sind froh über das sehr konstruktive Gespräch und erleichtert, dass jetzt Bewegung in die Sache gekommen ist", sagt Cornelia Sattler. Der GEB hofft, dass sich durch einen besseren und rechtzeitigen Austausch die Dinge nicht mehr so aufbauschen wie beispielsweise bei der Diskussion um die geplante Verlegung des Schülerhortes Lessingstraße zugunsten von U-3-Betreuungsplätzen. "Da hätten viele Eltern sicher nicht so verschnupft reagiert, wenn sie nicht erst aus der Zeitung davon erfahren hätten."

Gerade bei diesem Thema, sagt Ursula Keck, sei der Verwaltung klargeworden, dass es offensichtlich noch nicht überall durchgedrungen sei, dass eine Stadt Pflichtaufgaben und freiwillige Aufgaben habe. Die Schaffung von Betreuungsplätzen für unter Dreijährige sei zum Beispiel eine Pflichtaufgabe, im Gegensatz zur Bereitstellung von Schülerhortplätzen. "Aus Sicht der Eltern", so Keck, "ist natürlich beides gleichwertig." Auch zum besseren Verständnis solcher Fragen und zur Definition von unklaren Begrifflichkeiten solle der Austausch mit dem Gesamtelternbeirat zukünftig beitragen.